

# GESAGT GETAN GERECHT



EINE  
ZWISCHENBILANZ  
JULI 2014



# **GESAGT GETAN GERECHT**



**EINE  
ZWISCHENBILANZ  
JULI 2014**

# DAS LEBEN DER MENSCHEN VERBESSERN



Kein Lohn unter 8,50 Euro pro Stunde. Abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren. Höhere Mütterrente. Mehr Rente bei Erwerbsminderung. 9 Milliarden Euro zusätzlich für Kitas, Schulen, Hochschulen und Forschung. Mehr Geld für Kommunen und Städtebau. Doppelpass für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern.

Volle steuerliche Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften. Reform der Förderung erneuerbarer Energien für sicheren, sauberen und bezahlbaren Strom.

In gerade einmal einem halben Jahr hat die SPD-Bundestagsfraktion in der Großen Koalition bereits mehr auf den Weg gebracht als die vorherige schwarz-gelbe Bundesregierung in einer ganzen Legislaturperiode. Unsere Bilanz nach sechs Monaten parlamentarischer Arbeit als Regierungsfraktion kann sich sehen lassen. Sie zeigt: Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sind die treibende Kraft dieser Koalition.

Das ist gut für unser Land und für die Bürgerinnen und Bürger. Wir haben in den Koalitionsverhandlungen viele sozialdemokratische Forderungen durchsetzen können, die das Leben der Menschen verbessern, unsere Gesellschaft modernisieren und Deutschland voranbringen. Ein halbes Jahr später haben wir bewiesen: Wir versprechen nicht nur. Wir setzen unsere Versprechen um. Gesagt, getan, gerecht!

Klar ist auch: Es bleibt noch viel zu tun: für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für bessere Karrierechancen von Frauen, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für bezahlbare Mieten, für mehr BAföG, für mehr Ausbildungs- und Studienplätze. Daran arbeiten wir weiter. Konsequenz. Schritt für Schritt.

Thomas Oppermann, MdB  
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion



ARBEIT WERTSCHÄTZEN

## **DER MINDESTLOHN KOMMT**

Seite 8

LEBENSLEISTUNG  
VERDIENT ANERKENNUNG

## **FRÜHER ABSCHLAGSFREI IN RENTE GEHEN**

Seite 12



DIE REFORM DES EEG

## **STROM MUSS BEZAHLBAR BLEIBEN**

Seite 17



INVESTITIONEN IN  
DIE ZUKUNFT

## **MEHR GELD FÜR BILDUNG**

Seite 20

MEHR GELD FÜR LEBENSQUALITÄT

## **KOMMUNEN ENTLASTEN**

Seite 22

INTEGRATION ERLEICHTERN

## **DER DOPPELPASS KOMMT**

Seite 24

MEHR SOLIDARITÄT  
IM GESUNDHEITSSYSTEM

## **DAS ENDE DER KOPFPAUSCHALE**

Seite 26

MODERNE GESELLSCHAFT

## **GLEICHSTELLUNG VON LEBENSPARTNERSCHAFTEN**

Seite 27

BILANZ IM ÜBERBLICK

## **AUSSERDEM AUF DEN WEG GEBRACHT**

Seite 28

VIEL GETAN, VIEL VOR

## **WAS WIR ALS NÄCHSTES UMSETZEN**

Seite 31

IMPRESSUM

ARBEIT WERTSCHÄTZEN

# DER MINDESTLOHN KOMMT



Mit dem Mindestlohn per Gesetz geben wir der Arbeit von Millionen Menschen Wert und Würde zurück. Außerdem stärken wir die Tarifbindung und sorgen dafür, dass mehr Beschäftigte von guten Tariflöhnen profitieren.



82% ➔

SAGEN »JA« ZUM  
GESETZLICHEN MINDESTLOHN  
ZDF-Politbarometer  
(Forschungsgruppe Wahlen, März 2014)

»Das Tarifpaket ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch ökonomisch vernünftig: Es stärkt den fairen Wettbewerb, die Tarifbindung und die Binnennachfrage.«

Carola Reimann, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

In den Koalitionsverhandlungen haben wir erfolgreich für einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro gekämpft. Außerdem haben wir durchgesetzt, dass Tarifverträge künftig leichter auf alle Unternehmen einer Branche ausgedehnt werden können.

GETAN ✓

**GESETZLICHER MINDESTLOHN**

Ab dem 1. Januar 2015 haben alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Im Übergang sind bis Ende 2016 Abweichungen möglich. Voraussetzung ist i.d.R. ein Mindestlohn-Tarifvertrag. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der gesetzliche Mindestlohn flächendeckend. Danach wird die Höhe des Mindestlohns regelmäßig durch die Tarifpartner überprüft und gegebenenfalls angepasst. Besondere Regelungen gelten für Langzeitarbeitslose in den ersten 6 Monaten einer neuen Beschäftigung, für ehrenamtliche Tätigkeiten, für Ausbildungsverhältnisse und für bestimmte Praktika.

**GUTE TARIFLÖHNE**

Tarifverträge können künftig leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden. Sie gelten dann auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber der jeweiligen Branche, die nicht Mitglied der Gewerkschaft bzw. des Verbandes sind, die den Tarifvertrag ausgehandelt haben. Das geht bislang nur, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt und der Tarifvertrag mindestens für die Hälfte der Branchenbeschäftigten gilt. Dieses Quorum entfällt. Auch ermöglichen wir es mit der Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes künftig allen Branchen, branchenweite Mindestlöhne festzulegen.

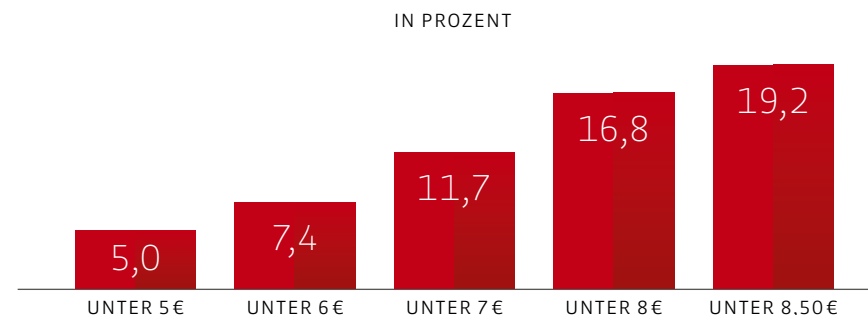


GERECHT ✓

Wir wollen, dass alle von ihrer Arbeit leben können. Dabei ist die Einführung des Mindestlohns ein historischer Durchbruch. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten die größte Lohnerhöhung ihres bisherigen Lebens.

Der Mindestlohn macht viele Menschen unabhängig von ergänzenden Sozialleistungen und setzt dem Lohndumping ein Ende: Unternehmen können sich nicht mehr gegenseitig dadurch unterbieten, dass sie ihre Arbeitskräfte menschenunwürdig bezahlen. Das stärkt die ehrlichen Unternehmerinnen und Unternehmer, die anständige Löhne zahlen. Gleichzeitig stärken wir die Tarifbindung, damit Tarifverträge auch dort greifen, wo immer weniger Unternehmen der Tarifgemeinschaft angehören.

**ANTEIL DER BESCHÄFTIGTEN, DIE 2012 FÜR EINEN STUNDENLOHN UNTER 8,50 EURO GEARBEITET HABEN**



QUELLE: INSTITUT FÜR ARBEIT UND QUALIFIKATION 2014  
© HANS-BÖCKLER-STIFTUNG 2014



# FRÜHER ABSCHLAGSFREI IN RENTE GEHEN



Leistung und Anstrengung müssen sich lohnen. Künftig können langjährig Versicherte bis zu zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen. Mütter (oder Väter), deren Kinder vor 1992 geboren wurden, bekommen mehr Rente. Außerdem haben wir die Erwerbsminderungsrente verbessert und das Reha-Budget erhöht.

81% ➤

SAGEN »JA« ZUR ABSCHLAGSFREIEN  
RENTE NACH 45 BEITRAGSJAHREN

ZDF-Politbarometer  
(Forschungsgruppe Wahlen, März 2014)



Mütterrente



Rente ab 63

» Mit dem Rentenpaket schließen wir Gerechtigkeitslücken. Wir helfen denen, die lange und hart gearbeitet haben. Sie haben es verdient! «

Katja Mast, Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

**GESAGT ✓**

»Wir wollen, dass sich Lebensleistung und langjährige Beitragszahlung in der Rente auszahlen.« So steht es im Koalitionsvertrag. Wer schon in jungen Jahren sein Arbeitsleben begonnen hat oder Kinder erzogen hat, soll in der Rente künftig besser gestellt werden. Das gilt auch für die, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können.

**GETAN ✓**

**NACH 45 JAHREN IN RENTE**

Wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge in die Rentenkasse gezahlt hat, kann künftig schon ab 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen, zwei Jahre früher als bisher. Vorübergehende Arbeitslosigkeit, Pflegezeiten und Kindererziehung werden anerkannt. Die Grenze für die abschlagsfreie Rente steigt schrittweise auf 65 Jahre an. Um Missbrauch durch »Frühverrentung« auszuschließen, werden Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs in der Regel in den letzten beiden Jahren nicht mehr mitgezählt.

**HÖHERE MÜTTERRENTE**

Mütter (und Väter), die vor 1992 Kinder erzogen haben, bekommen pro Kind künftig zwei Jahre Erziehungszeit statt bisher einem angerechnet. Damit erhöht sich ihre monatliche Rente um bis zu 28,61 Euro pro Kind, in den neuen Ländern um bis zu 26,39 Euro.

**MEHR ERWERBSMINDERUNGSRENTE**

Menschen, die aus gesundheitlichen oder unfallbedingten Gründen erwerbsunfähig werden, erhalten eine höhere Erwerbsminderungsrente. Bei einem Rentenbeginn ab dem 1. Juli 2014 wird die Rente künftig so berechnet, als hätten sie bis zum 62. Lebensjahr mit dem bisherigen Durchschnittslohn gearbeitet statt nur bis zum 60. Lebensjahr.

**HÖHERES REHA-BUDGET**

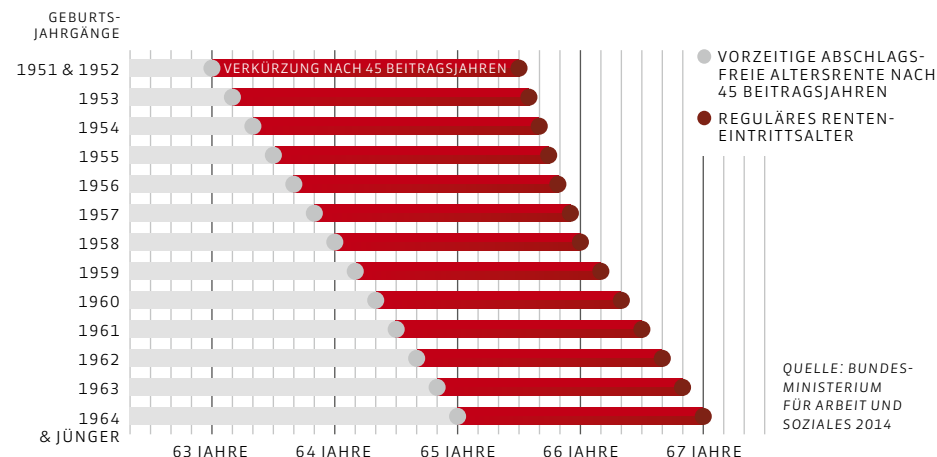
Damit die gesetzliche Rentenversicherung ihren Versicherten helfen kann, so lange wie möglich gesund im Arbeitsleben zu stehen, bekommt sie künftig bis zu 233 Millionen Euro zusätzlich im Jahr für die medizinische und berufliche Rehabilitation.

**GERECHT ✓**

Von der Neuregelung zur abschlagsfreien Rente ab 63 Jahren profitieren unmittelbar 200.000 Menschen, von der »Mütterrente« 9,5 Millionen. Sie haben mit Arbeit und Anstrengung die Rente der Generation vor ihnen aufgebracht, die heutigen Beitragszahler großgezogen und so zum Wohlstand unseres Landes beigetragen. Für sie sind die Verbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht geschenkt, sondern verdient. Gleichzeitig ist das Rentenpaket solide finanziert. Der Beitragssatz bleibt stabil. Und ab 2019 sorgt ein Steuerzuschuss dafür, künftige Beitragszahler nicht weiter zu belasten.

**WANN KANN ICH IN RENTE GEHEN?**

EINTRITTSALTER FÜR DIE VORZEITIGE ABSCHLAGS-FREIE RENTE NACH 45 BEITRAGSJAHREN



QUELLE: BUNDES-MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES 2014





DIE REFORM DES EEG

# STROM MUSS BEZAHLBAR BLEIBEN



Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist der erste Schritt für einen Neustart der Energiewende: Der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet künftig nach einem verlässlichen Plan voran, und der Anstieg der EEG-Umlage wird gebremst. Damit sorgen wir für bezahlbaren Strom und sichern gleichzeitig Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie.

70% ➤

SAGEN »JA« ZUR ENERGIEWENDE

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD),  
Juni 2014

»Die EEG-Reform stellt die Energiewende vom Kopf auf die Füße: Nach vier Jahren Chaos schaffen wir Kosteneffizienz, Planbarkeit und Investitionssicherheit.«

*Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzender  
der SPD-Bundestagsfraktion*

#### GESAGT ✓

Die Energiewende wird nur dann Akzeptanz finden, wenn Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet sind und industrielle Arbeitsplätze erhalten bleiben. So steht es im Koalitionsvertrag. Deshalb haben wir vereinbart, eine schnelle und grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf den Weg zu bringen, um verlässliche Rahmenbedingungen in der Energiepolitik zu schaffen.

#### GETAN ✓

### STROMPREIS STABILISIEREN

Wir bauen Überförderung ab und konzentrieren die Förderung auf die besonders kostengünstigen Energieträger Wind an Land und Photovoltaik. Neue Anlagen bekommen statt 17 Cent pro Kilowattstunde künftig im Schnitt etwa 12 Cent. Bestehende Anlagen erhalten einen Bestandsschutz. Außerdem gibt es eine Mengensteuerung, damit der jährliche Zubau planbar wird. Der Ausbaupfad sieht vor, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2025 auf 40 bis 45 Prozent zu erhöhen.

### KOSTEN GERECHTER VERTEILEN

Um die Kosten der Energiewende gerechter zu verteilen, wird auch die Eigenstromerzeugung künftig an der EEG-Umlage beteiligt.

### ARBEITSPLÄTZE ERHALTEN

Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu sichern und Arbeitsplätze zu erhalten, haben wir die Befreiungen von der EEG-Umlage für die stromintensive Industrie europarechtskonform ausgestaltet.

## MARKTINTEGRATION VORANBRINGEN

Damit erneuerbare Energien besser in den Strommarkt integriert werden, sollen Betreiber größerer Neuanlagen ihren Strom künftig direkt vermarkten. Spätestens ab 2017 soll die Höhe der Förderung über Ausschreibungen bestimmt werden.

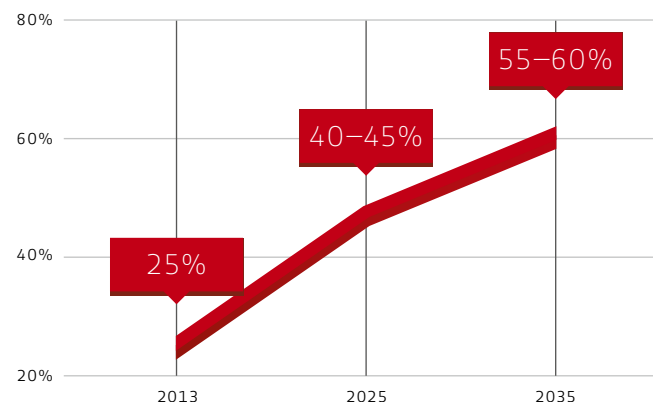
#### GERECHT ✓

Mit der Energiewende hat Deutschland den Weg in das Zeitalter einer nachhaltigen, sicheren und klimafreundlichen Energieversorgung beschritten. Das EEG hat in den letzten 14 Jahren entscheidend dazu beigetragen, dass die erneuerbaren Energien mit einem Anteil von 25 Prozent inzwischen eine tragende Säule der Stromversorgung in Deutschland sind.

Aber gerade weil das EEG so erfolgreich war, musste es reformiert werden: Drastisch steigende Strompreise würden die Akzeptanz und die Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Die EEG-Novelle ist der erste Schritt, um die Energiewende wieder auf Erfolgskurs zu bringen. Damit können die erneuerbaren Energien verlässlich wachsen und Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Industrie ihren Strom auch künftig bezahlen.

### GEPLANTER AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

ANTEIL AN DER STROMVERSORGUNG



QUELLE: BMWi –  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR WIRTSCHAFT UND  
ENERGIE

## MEHR GELD FÜR BILDUNG

Das BAföG wird angehoben. Die Länder erhalten mehr Spielräume zur Finanzierung von Schulen und Hochschulen. Der Bund investiert in Kita- und Studienplätze sowie in Forschung und Entwicklung. Außerdem lockern wir das Kooperationsverbot im Grundgesetz.

### GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir zusätzliche Zukunftsinvestitionen in Kitas, Bildung und Wissenschaft in Höhe von 9 Milliarden Euro durchgesetzt. Sie sollen durch Entlastung der Länder und durch direkte Investitionen des Bundes zur Verfügung gestellt werden.

### GETAN ✓

Im Frühjahr 2014 hat die Große Koalition konkrete Maßnahmen zur Bildungsfinanzierung verabredet. Die Länder erhalten mehr Mittel für Bildung und der Bund mehr Gestaltungsspielräume.

### MEHR GELD FÜR SCHULEN UND HOCHSCHULEN

Der Bund übernimmt ab 2015 die Kosten des BAföG vollständig. Dadurch werden die Länder dauerhaft um rund 1,17 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Sie werden die freiwerdenden Mittel für Schulen und Hochschulen verwenden.

### MEHR GELD FÜR KITA- UND STUDIENPLÄTZE

Der Bund investiert rund 750 Millionen Euro zusätzlich in Krippen und Kitas. Außerdem finanziert der Bund mit 1,3 Milliarden Euro den Hochschulpakt weiter, mit dem Studienplätze geschaffen werden. Spätestens zum Wintersemester 2016 werden wir das BAföG erhöhen. Das ist eine gute Nachricht für Studierende.

### MEHR GELD FÜR FORSCHUNG

Für eine aktive Innovationspolitik und zur Fortsetzung des Paktes für Forschung und Innovation sowie der Exzellenzinitiative stehen 3 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Außerdem werden wir das Grundgesetz ändern und das Ko-



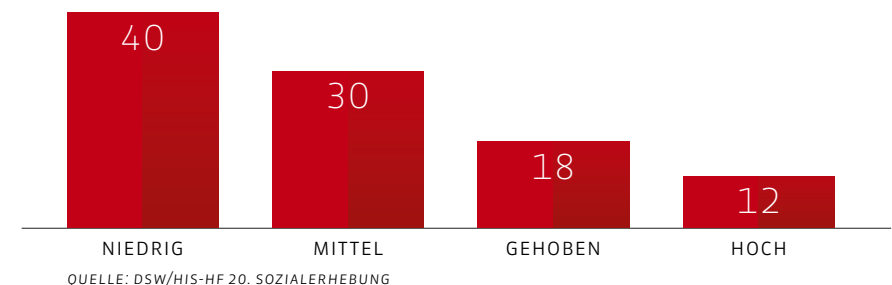
operationsverbot im Hochschulbereich aufheben. Damit ermöglichen wir dem Bund eine institutionelle Förderung von Universitäten und Fachhochschulen.

### GERECHT ✓

Die Maßnahmen sind ein großer Fortschritt für planbare und verlässliche Investitionen in Bildung und Wissenschaft in Deutschland. Wir verschaffen den Ländern dauerhafte Spielräume für Zukunftsinvestitionen in Bildung. Mit der BAföG-Reform und der Fortsetzung des Hochschulpaktes sorgen wir für mehr Chancengleichheit beim Hochschulzugang. Unabhängig davon wird sich die SPD-Bundestagsfraktion weiter für eine Aufhebung des Kooperationsverbots auch im Bereich der Schulpolitik einsetzen.

### BAFÖG SORGT FÜR CHANCENGLEICHHEIT

BAFÖG-QUOTE NACH DER BILDUNGSHERKUNFT DER STUDIERENDEN  
(IN PROZENT JE BILDUNGSHERKUNFTSGRUPPE)



## KOMMUNEN ENTLASTEN

Wir entlasten die Städte und Gemeinden. Denn nur handlungsfähige Kommunen können den Menschen eine gute soziale Infrastruktur wie Schulen, Kitas, Bibliotheken und Schwimmbäder zur Verfügung stellen. Gleichzeitig erhöhen wir die Städtebauförderung.

### GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir durchgesetzt, die Gemeinden, Städte und Landkreise finanziell zu entlasten, indem der Bund die Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung übernimmt. Außerdem haben wir verabredet, mehr Geld in die soziale Infrastruktur der Kommunen zu investieren, indem wir u.a. die Bundesmittel für die Städtebauförderung und die Kinderbetreuung erhöhen.

### GETAN ✓

#### MEHR GELD FÜR KOMMUNEN

Der Bund übernimmt ab 2014 die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vollständig. Damit werden Städte und Gemeinden bei den Sozialausgaben um insgesamt rund 5,5 Milliarden Euro in 2014 entlastet. Ab 2015 wird der Bund die Kommunen um eine weitere Milliarde jährlich entlasten als Vorgriff auf die Beteiligung des Bundes an der Eingliederungshilfe. Das sind Geld- und Sachleistungen, die Menschen mit Behinderung bei der Integration in Arbeit und Gesellschaft unterstützen. Wenn das dazu nötige Bundesteilhabegesetz im Bund erarbeitet wurde, wird sich die zusätzliche jährliche Entlastung der Kommunen auf 5 Milliarden Euro belaufen.

#### MEHR GELD FÜR STÄDTEBAU

Wir haben die Städtebauförderung von 455 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro jährlich angehoben. Besonders wichtig ist das Programm Soziale Stadt: Damit sich unsere Städte nicht in arme und reichere Stadtteile spalten, stellen wir mit dem Programm 150 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.

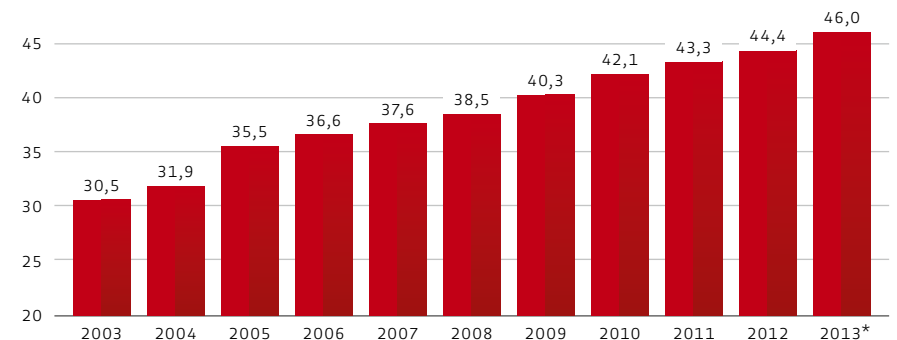
Mit der finanziellen Unterstützung für unsere Städte und Gemeinden stärken wir einen zentralen Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Denn nur handlungsfähige Kommunen können den Anforderungen des demografischen, sozialen und ökonomischen Wandels erfolgreich begegnen. Viele Städte und Gemeinden kämpfen mit Arbeitslosigkeit, Bildungsarmut, vernachlässigten öffentlichen Räumen und sozialen Konflikten. Diesen Kommunen helfen wir.

»Kommunen sind der Nukleus guter Lebensqualität. Deshalb verfolgen wir die Sicherung der finanziellen Zukunftsfähigkeit der Kommunen mit Entschiedenheit.«

*Bernhard Daldrup, Kommunalpolitischer Sprecher  
der SPD-Bundestagsfraktion*

#### KOMMUNALE AUSGABEN FÜR SOZIALE LEISTUNGEN

IN MILLIARDEN EURO, STADTSTAATEN AUSGENOMMEN



QUELLE: STATISTISCHES  
BUNDESAMT

\*PROGNOSE DER BUNDESVEREINIGUNG DER KOMMUNALEN SPITZENVERBÄNDE



## DER DOPPELPASS KOMMT

Künftig müssen sich in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden. Der Optionszwang entfällt. Damit wird der Doppelpass in Deutschland für viele junge Erwachsene Realität werden.

### GESAGT ✓

»Für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern entfällt in Zukunft der Optionszwang, und die Mehrstaatigkeit wird akzeptiert.« Mit diesem Satz haben wir im Koalitionsvertrag durchgesetzt: Endlich wird der Doppelpass auch in Deutschland Realität.

### GETAN ✓

Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, werden sich künftig nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden müssen.

### OPTIONSPFLICHT ENTFÄLLT

Das bisherige Recht zwingt in Deutschland geborene Kinder mit einem weiteren, ausländischen Pass mit 18 Jahren zu einer Entscheidung zwischen der deutschen und der durch Abstammung erworbenen Staatsangehörigkeit der Eltern. Wer sich bis zum 23. Geburtstag nicht entscheidet, verliert den deutschen Pass. Betroffen sind junge Erwachsene, die ab den 1990er Jahren geboren wurden.

Diese »Optionspflicht« wird künftig für die allermeisten Betroffenen entfallen. Wer bis zum 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt hat oder sechs Jahre in Deutschland eine Schule besucht oder einen deutschen Schulabschluss erworben bzw. eine Ausbildung in Deutschland absolviert hat, darf künftig beide Staatsangehörigkeiten behalten.



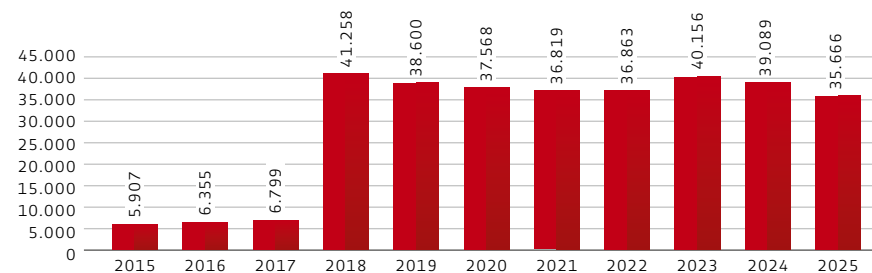
### GERECHT ✓

Mit dem Doppelpass schaffen wir einen Meilenstein im Staatsbürgerschaftsrecht. Darauf warten viele Menschen in unserem Land. Denn ohne die doppelte Staatsbürgerschaft würden in den nächsten Jahren 400.000 junge Menschen zu einer schwerwiegenden Entscheidung gezwungen. Die Optionspflicht signalisiert den jungen Menschen, nicht vollständig dazuzugehören. Sie sind Deutsche unter Vorbehalt.

Mit der Optionspflicht wird ein zentrales Integrationshemmnis entfallen. Bei vielen Betroffenen schlagen zwei Herzen in der Brust. Die Mehrheit will beide Staatsangehörigkeiten behalten. Der Doppelpass dient der Integration.

### WER PROFITIERT VON DER NEUREGELUNG?

ZAHL DER JUNGEN DEUTSCHEN, DIE SICH NACH BISHERIGEM RECHT ZWISCHEN DER DEUTSCHEN STAATSBÜRGERSCHAFT UND DER IHRER ELTERN ENTSCHEIDEN MÜSSTEN.



QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT

## DAS ENDE DER KOPFPAUSCHALE

Die Finanzierung der Krankenversicherung richtet sich künftig wieder vollständig nach dem Einkommen: Wer mehr verdient, trägt auch wieder mehr zur gesetzlichen Krankenversicherung bei.

### GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir durchgesetzt, dass Zusatzbeiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung künftig nur abhängig vom Einkommen erhoben werden können. Damit haben wir das Ende der Kopfpauschale besiegelt.

### GETAN ✓

Ab dem 1. Januar 2015 wird der Beitragssatz zur Gesetzlichen Krankenversicherung von 15,5 auf 14,6 Prozent gesenkt. Damit zahlen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber künftig jeweils 7,3 Prozent. Die sozial ungerechte, einkommensunabhängige kleine Kopfpauschale wird abgeschafft. In Zukunft können die Krankenkassen über die Höhe der prozentualen Zusatzbeiträge selbst entscheiden. Damit Kassen mit Versicherten mit niedrigen Einkommen nicht im Nachteil sind, gibt es einen unbürokratischen und vollständigen Einkommensausgleich zwischen den Kassen. Wer den Zusatzbeitrag nicht bezahlen will, kann die Krankenkasse wechseln.

Außerdem soll ein neues Qualitätsinstitut wissenschaftlich fundiert Kriterien entwickeln, um die Qualität von Diagnosen und Therapien objektiv messbar und vergleichbar zu machen.

### GERECHT ✓

Mit der Senkung der Kassenbeiträge entlasten wir 20 Millionen Versicherte. Mit der Abschaffung der Kopfpauschale sorgen wir für mehr Solidarität im Gesundheitssystem: stärkere Schultern tragen mehr als schwache. Ziel der SPD-Bundestagsfraktion bleibt die soziale Bürgerversicherung, in der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gleich viel beisteuern.

## GLEICHSTELLUNG VON LEBENSPARTNERSCHAFTEN

In der Steuerpolitik und bei der Sukzessivadoption werden gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften nicht mehr schlechter gestellt als die Ehe. Unser Ziel der völligen Gleichbehandlung von Ehe und Lebenspartnerschaft rückt damit ein Stück näher.

### GESAGT ✓

»Wir werden darauf hinwirken, dass bestehende Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften in allen gesellschaftlichen Bereichen beendet werden. Rechtliche Regelungen, die gleichgeschlechtliche Paare schlechter stellen, werden wir beseitigen.« So haben wir es im Koalitionsvertrag durchgesetzt.

### GETAN ✓

Mit gleich zwei Gesetzen haben wir in den ersten sechs Monaten der Großen Koalition die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften vorangetrieben. Mit dem Gesetz zur steuerlichen Gleichbehandlung von Lebenspartnerschaften wird die Gleichstellung in allen steuerlichen Bereichen Realität. Außerdem haben wir ein Gesetz zur Sukzessivadoption beschlossen, mit dem eingetragene Lebenspartner und Lebenspartnerinnen die von ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin adoptierten Kinder ebenfalls adoptieren können.

### GERECHT ✓

Wir sind überzeugt davon, dass für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften die gleichen Pflichten und die gleichen Rechte wie in der Ehe bestehen sollen. Die gleiche Besteuerung und die Einführung der Sukzessivadoption für Lebenspartnerschaften beseitigen ein großes Stück der bisherigen Diskriminierung. Das gilt auch für Adoptionen: Entscheidend für das Kindeswohl ist nicht die sexuelle Orientierung der Eltern, sondern die Geborgenheit, Liebe und Fürsorge, die Kinder erfahren. Wir treten weiter für die Öffnung der Ehe und für das Recht auf Volladoption für Lesben und Schwule ein.



## AUSSERDEM AUF DEN WEG GEBRACHT

### KEINE GRÜNE GENTECHNIK IN DEUTSCHLAND

Dank des Drucks der SPD-Bundestagsfraktion tritt die Bundesregierung in der EU dafür ein, dass die EU-Mitgliedstaaten eigene Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen erlassen können. Damit kann der Anbau grüner Gentechnik trotz EU-Zulassung in Deutschland verhindert werden.

### MEHR TRANSPARENZ BEI RÜSTUNGSEXPORTEN

In Zukunft informiert die Bundesregierung das Parlament nicht nur erheblich schneller, sondern auch umfassender über genehmigte Rüstungsexporte. Der Bundestag wird künftig innerhalb von zwei Wochen schriftlich über Genehmigungen informiert, der Rüstungsexportbericht schneller vorgelegt und durch einen Halbjahresbericht ergänzt. Das ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Transparenz bei Rüstungsexporten. Unser politisches Ziel bleibt eine restriktivere Genehmigungspraxis.

### HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG VORANGEBRACHT

In der Großen Koalition haben wir uns zum Ziel gesetzt, künftigen Generationen keine neuen Schulden mehr zu hinterlassen. Deshalb haben wir mit dem Bundeshaushalt 2014 erstmals seit 46 Jahren einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Im Jahr 2015 wollen wir einen Haushalt völlig ohne neue Schulden beschließen.

### NSA-AFFÄRE AUFKLÄREN

Fraktionsübergreifend haben wir einen Untersuchungsausschuss NSA eingesetzt. Er soll die massenhafte Erfassung und Speicherung von Kommunikationsdaten von, nach und in Deutschland durch US-amerikanische und britische Nachrichtendienste untersuchen. Außerdem soll er prüfen, welche Reformen notwendig sind, um vertrauliche Kommunikation besser zu schützen.



### STRAFBARKEIT VON ABGEORDNETENBESTECHUNG

Zur Umsetzung der Anti-Korruptionsvorgaben des Europarates und der Vereinten Nationen haben wir einen Straftatbestand geschaffen, der strafwürdige, korruptive Verhaltensweisen von und gegenüber Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern erfasst. Bestraft wird, wer für eine vom »Auftraggeber« gewünschte Handlung einen »ungerechtfertigten Vorteil« fordert oder annimmt.

### LEBENSVERSICHERUNGEN STABILISIERT

Mit einem ausgewogenen Maßnahmenpaket sorgen wir dafür, dass die Versicherten sich auch in Zukunft darauf verlassen können, dass sie die ihnen garantierten Leistungen erhalten. Die Versicherungsunternehmen, Anteilseigner und der Versicherungsvertrieb werden hierzu einen angemessenen Beitrag leisten. Gleichzeitig stärken wir die Aufsicht über Versicherungsunternehmen.

### UMWELTSCHUTZ IN DER LANDWIRTSCHAFT

Mit dem Direktzahlungsdurchführungsgesetz hat der Bundestag die Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik in Deutschland umgesetzt. Dabei haben wir vor allem einen wirksamen Schutz des Grünlandes durchgesetzt.

## **ENDLAGER-KOMMISSION EINGESETZT**

Mit dem Standortauswahlgesetz hat der Bundestag in der letzten Legislaturperiode einen neuen Prozess zur Suche eines Atommüll-Endlagers beschlossen. Dazu hat der Bundestag nun eine »Endlager-Kommission« eingesetzt.

## **KÜNSTLERSOZIALVERSICHERUNG STABILISIERT**

Über die Künstlersozialversicherung haben selbständige Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten Anspruch auf Leistungen der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Damit das so bleibt und wieder alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihrer Beitragspflicht nachkommen, haben wir die Kontrollen bei den Verwertern ausgeweitet.

## **MEHR GERECHTIGKEIT BEI GHETTO-RENTEN**

Durch das Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigung in einem Ghetto werden Beitragszeiten für im Ghetto geleistete Arbeit von Verfolgten anerkannt. Durch die Abschaffung der vierjährigen Rückwirkungsfrist können die 40.000 Betroffenen nunmehr ihre Renten rückwirkend vom 1. Juli 1997 an beziehen.

## **HILFE FÜR SYRISCHE FLÜCHTLINGE**

Der Bürgerkrieg in Syrien hat zu einer der größten humanitären Katastrophen der Gegenwart geführt. Daher haben wir die Mittel zur Hilfe syrischer Flüchtlinge im Bundeshaushalt 2014 deutlich erhöht. Außerdem wird Deutschland weitere 10.000 besonders schutzbedürftige syrische Flüchtlinge aufnehmen.

## **SYRISCHE CHEMIEWAFFEN BESEITIGEN**

Deutschland unterstützt die Beseitigung syrischer Chemiewaffen durch eine Beteiligung der Bundesmarine an der Absicherung des Spezialschiffes im Mittelmeer. Die aufgespaltenen Restchemikalien werden in Finnland und in Deutschland fach- und umweltgerecht entsorgt.

## **WAS WIR ALS NÄCHSTES UMSETZEN**

### **MIETPREISBREMSE EINFÜHREN**

Mit der Mietpreisbremse begegnen wir der Sorge vieler Menschen um bezahlbaren Wohnraum. Wo Mieten bei Wiedervermietung derzeit überdurchschnittlich steigen, wollen wir Mieterhöhungen auf maximal 10 Prozent beschränken. Auch der unfairen Praxis, dass Vermieterinnen und Vermieter die Kosten der von ihnen bestellten Makler auf die Mieterinnen und Mieter abwälzen, werden wir einen Riegel vorschieben. Künftig gilt: Wer bestellt, der bezahlt!

### **ORDNUNG AUF DEM ARBEITSMARKT SCHAFFEN**

Wir werden die Leiharbeit auf ihre Kernfunktion beschränken. Wir führen eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten und gleichen Lohn nach neun Monaten ein. Außerdem bekämpfen wir den Missbrauch von Werkverträgen zur Umgehung des Arbeitsrechts.

### **MEHR ZEIT FÜR FAMILIE**

Mit dem ElterngeldPlus werden wir Eltern beim Wiedereinstieg in den Beruf unterstützen: Wer in Teilzeit arbeitet, soll länger Elterngeld beziehen. Um den Wechsel in und die Rückkehr aus Teilzeitarbeit zu erleichtern, werden wir ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit einführen. Damit unterstützen wir ein partnerschaftliches Miteinander bei der Erziehung von Kindern.

### **MEHR ZEIT UND GELD FÜR PFLEGE**

Wir werden bessere Leistungen in der Pflegeversicherung über 2,4 Milliarden Euro ab Januar 2015 beschließen und die Pflegeberufe stärken. Zur besseren Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf werden wir dafür sorgen, dass sich Familien mehr Zeit für pflegebedürftige Angehörige nehmen können.



## **GLEICHER LOHN FÜR FRAUEN UND MÄNNER**

Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit bekommen. Dazu werden wir ein Entgeltgleichheitsgesetz erarbeiten und umsetzen. Mit mehr Transparenz und einem individuellen Auskunftsanspruch wollen wir Lohndiskriminierung aufdecken und beseitigen.

## **MEHR FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN**

In keiner anderen Wirtschaftsnation gibt es so wenige Frauen in Führungsetagen wie in Deutschland. Das werden wir ändern. Aufsichtsräte von börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen sollen ab 2016 zu mindestens 30 Prozent mit Frauen besetzt sein.

## **BILDUNG UND AUSBILDUNG VERBESSERN**

Noch im Jahr 2014 wird die Koalition eine Grundgesetzänderung vorschlagen, damit sich der Bund an der Finanzierung des Hochschulsystems dauerhaft beteiligen kann. Zudem werden wir in einer Allianz für Aus- und Weiterbildung die Ausbildungsgarantie gemeinsam mit den Sozialpartnern auf den Weg bringen. Eine substanzielle BAföG-Erhöhung werden wir 2016 anpacken.

## **STROMNETZE AUSBAUEN, ENERGIEEFFIZIENZ STÄRKEN**

Der Ausbau der erneuerbaren Energien hängt wesentlich auch vom Ausbau der Stromnetze und vom Strommarktdesign ab. Deshalb werden wir im Herbst Vorschläge vorlegen, wie das Stromnetz und der Strommarkt weiterentwickelt werden können, um die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger sowie die Versorgungssicherheit in den Netzen zu gewährleisten.

## **FINANZIELLEN VERBRAUCHERSCHUTZ VERBESSERN**

Mit einem Maßnahmenpaket werden wir im Herbst 2014 den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher beim Kauf von Finanzprodukten verbessern. So führen wir deutlichere Warnhinweise über Produktrisiken ein. Außerdem verbessern wir den Zugang zu einer unabhängigen Beratung.

## **DIGITALE AGENDA VORANTREIBEN**

Zur Stärkung der Aktivitäten im Bereich der Digitalisierung wird die Bundesregierung im Herbst eine ressortübergreifende Digitale Agenda 2014 – 2017 beschließen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird deren Umsetzung mit einer eigenen Veranstaltungsreihe begleiten und den Dialog mit Wirtschaft, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft führen.

## **FRIEDEN BEWAHREN**

Die zivile Krisenprävention stärken wir. Wir setzen uns weiterhin mit den Mitteln der Diplomatie für Frieden und Stabilität in der Ukraine ein. In Afghanistan werden wir Ende des Jahres den Bundeswehreininsatz beenden, den Wiederaufbau des Landes und die Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte aber weiter unterstützen.

**HERAUSGEBERIN**

SPD-Bundestagsfraktion, Petra Ernstberger MdB,  
Parlamentarische Geschäftsführerin,  
Platz der Republik, 11011 Berlin

**HERSTELLUNG**

SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit

**TEXT & REDAKTION**

Planungsgruppe, Öffentlichkeitsarbeit

**ERSCHIENEN** Juli 2014**GESTALTUNG** knisterwerk.com**FOTOS**

Vorwort, Seite 5 (Susie Knoll)

Motiv »Mindestlohn«, Seite 8

Fotolia (froxx, Robert Neumann, felinda, Picture-Factory)  
123RF (©HONGQI ZHANG, ©auremar)

Motiv »Rente«, Seite 12

Fotolia (Andrey Kuzmin), iStock.com (@paparazzit)

Motiv »Energiewende«, Seite 16

Fotolia (Piotr Skubisz), shutterstock.com (Eillen), 123RF (©tan4ikk)

photocase.de – Seite 11 (nicolasberlin), 21 (hasselblad15),  
25 (nici\_piept), 29 (alpenveilchen), 32 (simonthon)

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient  
ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes  
nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

GESETZLICHER MINDESTLOHN ✓

GUTE TARIFLÖHNE ✓

RENTE AB 63 UND MÜTTERRENTE ✓

NEUSTART DER ENERGIEWENDE ✓

MEHR GELD FÜR BILDUNG ✓

ENTLASTUNG DER KOMMUNEN ✓

MODERNES STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHT ✓

ENDE DER KOPFPAUSCHALE ✓

GLEICHSTELLUNG VON LEBENSPARTNERSCHAFTEN ✓

MEHR TRANSPARENZ BEI RÜSTUNGSEXPORTEN ✓

KEINE GRÜNE GENTECHNIK IN DEUTSCHLAND ✓